



HESSISCHER LANDTAG

19. 02. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend massive Vorwürfe gegen das Online-Versandhaus Amazon erfordern eine sofortige Prüfung und ein sofortiges Einschreiten durch Landesregierung und Behörden sowie eine Neuausrichtung der Unternehmenspolitik durch Amazon!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag stellt fest:

1. In der Dokumentation des Hessischen Rundfunks "Ausgeliefert! Leiharbeiter bei Amazon" werden massive Vorwürfe gegen das Online-Versandhaus erhoben. Angestellte, Betriebsräte und Betriebsseelsorger bezeichnen die Arbeits- und Lebensbedingungen als Sklavenarbeit.
2. Die vom Hessischen Rundfunk dokumentierten Arbeits- und Lebensbedingungen der Leiharbeiter bei Amazon sind ein Verstoß gegen Artikel 1 (Menschenwürde, unmittelbare Geltung der Grundrechte), Artikel 2 (Allgemeine Handlungsfreiheit, Freiheit der Person) und Artikel 13 (Wohnungsfreiheit) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Andere Vorwürfe, wie der auf systematischen Sozialversicherungsbetrug, sind von strafrechtlicher Bedeutung.
3. Die Hessische Landesregierung hat sich öffentlich für Aufklärung ausgesprochen, sich aber zeitgleich für die Aufklärung und Verfolgung möglicher Vorwürfe, Verstöße und Straftaten als nicht zuständig erklärt.

Der Hessische Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend Vorwürfen über Grundrechtsverstöße, des systematischen Sozialversicherungsbetrugs, Verstößen gegen geltendes Arbeitnehmerrecht, des Einsatzes einer neonazistischen Sicherheitsfirma sowie der Bedrohung von Angestellten und Journalisten mit allen behördlichen Mitteln nachzugehen, ggf. auch durch Amtshilfeersuchen bei anderen Landesbehörden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, Auskunft über zurückliegende Betriebsprüfungen bei Amazon sowie über alle dem Konzern Amazon bislang bewilligten öffentlichen Förderungen (EU, Bund, Land Hessen und kommunale Körperschaften) zu erteilen.
3. Der Hessische Landtag fordert den Konzern Amazon auf, seine Unternehmenspolitik gegenüber den eigenen Angestellten, der Öffentlichkeit und der Presse, insbesondere die Methoden zur Anwerbung, Unterbringung und Behandlung von Leiharbeitern grundlegend zu ändern.
4. Der Hessische Landtag fordert im Bewusstsein der sozial- und arbeitsrechtlichen Traditionen der Bundesrepublik Deutschland, den vielfältigen, zunehmenden und verheerenden Auswirkungen von prekärer Beschäftigung endlich wirksam zu begegnen und sie durch notwendige gesetzliche Maßnahmen zu verhindern. Hierzu gehört, dass

die umfassende Ausweitung und Deregulierung der Leiharbeit durch die sogenannten Hartz-Gesetze (hier: Hartz I) zurückgenommen werden.

5. Der Landtag unterstützt die Bestrebungen der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaft ver.di und ihrer Betriebsräte, die Arbeitsbedingungen bei Amazon grundlegend zu verbessern.

Begründung:

In schockierender Weise dokumentiert der Hessische Rundfunk die menschenverachtenden Arbeits- und Lebensbedingungen der weit überwiegenden Anzahl von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern bei Amazon. Diese wurden zur Weihnachtszeit offenbar mit Lockverträgen auf reguläre Arbeitsverträge bei Amazon im süd- und osteuropäischen Ausland angeworben, doch in Deutschland angekommen, bekamen sie weit schlechtere Verträge durch eine Leiharbeitsfirma. Die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wurden in fernen Massenunterkünften bei Fehlen jeglicher Privatsphäre untergebracht, dort ständig durch die offensichtlich neonazistische Sicherheitsfirma H.E.S.S. bewacht und unter Verletzung ihrer Intimsphäre ständig kontrolliert und drangsaliert. Die Firma H.E.S.S. scheint gegenüber der Presse drohend aufzutreten zu sein, um die freie Berichterstattung zu behindern.

Auch die Bedingungen im Werk wurden als katastrophal beschrieben. Den Tausenden Betroffenen werde jeglicher Arbeitsschutz vorenthalten, Schichtpläne seien ohne Rücksicht auf stundenlange An- und Abreisewege und die physische Zumutbarkeit kurzfristig neu festgelegt worden und Kündigungen erfolgten mit Tagesfrist und begründungslos. Erhoben wird zudem der Vorwurf des systematischen und massenhaften Sozialversicherungsbetrugs.

Wiesbaden, 19. Februar 2013

Der Parl. Geschäftsführer:
Schaus